



Mario Wohlwend (VU) wird im kommenden Landtag den Antrag stellen, dass der OKP-Staatsbeitrag um 4 Mio. auf 33 Mio. Franken angehoben wird.

Foto: Archiv



Günther Fritz
Parteipräsident

Kommentar

Harry Quaderer und sein Geschwätz von gestern

«Das Nein des Stimmvolkes ist fantastisch.» Dies sagte Harry Quaderer als Anführer des Referendumskomitees «Üsers Spitol scho – aber so Nein!» zum deutlichen Nein zum 83-Millionen-Baukredit für ein neues Landesspital Ende Oktober 2011. «Wir wollen, dass ein neues Landesspital zustandekommt, aber so, wie wir es angedacht haben», versprach der heutige DU-Chef damals.

Sechseinhalb Jahre später wettet Harry Quaderer, flankiert von seinem DU-Kollegen Jürgen Beck, immer noch gegen die Existenz eines Landesspitals als eigenständiges Notfallspital. Der DU-Chef glaubt offenbar nach wie vor, dass die damalige Empfehlung des Referendumskomitees dem Landesspital mehr wirtschaftlichen Erfolg bringen würde. Diese Empfehlung sah vor, dass sich das Landesspital auf Geriatrie, Langzeitpflege und palliative Versorgung konzentriert, Belegärzte nur in reduziertem Umfang operieren lässt und die Notfallversorgung der Bevölkerung durch Grabs und Feldkirch sichergestellt werden soll. Eine solche Nischenstrategie kommt den Staat aber weit teurer als die Sicherstellung der Grundversorgung.

Die Kernfrage, die sich der Landtag kommende Woche stellen muss, lautet: Wollen wir ein eigenes Landesspital oder nicht? Wenn die Antwort ein Ja ist, dann braucht es einen 24/7-Notfalldienst als Eintrittspforte für ambulante und stationäre Fallzahlen. Und dann braucht es eine funktionierende Chirurgie, eine funktionierende Innere Medizin und eine funktionierende Anästhesie. Und es braucht ein Chefarztsystem, um hohe Qualitätsstandards sicherzustellen. Und solche Vorhalteleistungen werden den Staat immer etwas kosten. Aber umso weniger, je höher die Fallzahlen in den lukrativen chirurgischen Bereichen sind.

Der VU-Parteivorstand bekennt sich klar zu einer eigenen staatlichen Grundversorgung und damit zu einem starken, leistungsfähigen Landesspital. Für Harry Quaderer ist das der falsche Weg und er beschimpft die VU einmal mehr als Ärztpartei. Weil das Landesspital die Strategievorstellungen von Harry Quaderer nicht teilt, kann es also gleich den Laden dicht machen und seine 170 Mitarbeiter in die Wüste schicken. Und die ganze Wertschöpfung, die das Landesspital generiert, soll in die Schweiz getragen werden. Ausserdem würde Grabs für die Sicherstellung der Notfallversorgung der liechtensteinischen Bevölkerung umgehend mehr Geld aus Vaduz verlangen. Wäre Harry Quaderer damals ehrlich gewesen, hätte er das Referendumskomitee gleich mit dem Motto «Üsers Spitol brucht's net» anführen und statt den «DU» die «Pro Schweizer Ärzte Partei» gründen können. ■

Entlastung spürbar machen

Mit dem Bürgerpaket will die Vaterländische Union dafür sorgen, dass die Menschen entlastet werden. Darum plädiert sie für eine moderate Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags im Landtag.



Michael Winkler
Parteisekretär

Wenn der Staat gut wirtschaftet, sollen es die Bürger spüren. Man soll sie nicht nur zur Kasse bitten, wenn es um den Staatshaushalt schlecht bestellt ist. Unter dieser Voraussetzung hat die Vaterländische Union das Bürgerpaket lanciert.

Krankenkassenverband bestätigt

Als erste Sofortmassnahme wird der Unions-Vizepräsident Unterland, Mario Wohlwend, deshalb im kommenden Landtag den Antrag stellen, den OKP-Staatsbeitrag um 4 Mio. Franken zu erhöhen. Das alles in der Hoffnung, dass der Antrag eine Mehrheit findet. Ziel ist es, eine «Prämienbremse» einzuführen. «Mit einer allfälligen Erhöhung des Staatsbeitrags auf 33 Millionen Franken wird es – nach heutigem Erkenntnisstand – keine Prämienhöhung geben», bestätigt auch der Geschäftsführer des Krankenkassenverbands (LKV), Thomas Hasler, im gestrigen «Volksblatt» die Aussicht auf Erfolg dieser Massnahme. Diese Massnahme würde dann den Prämienzahlern wieder ein Jahr Zeit geben, bis weitere Massnahmen in diesem Bereich für eine Verbesserung des Systems sorgen können.

Kritiker merken an, dass die Erhöhung des Staatsbeitrags eine Massnahme mit Giesskannenprinzip sei. Das stimmt. Die VU ver-

spricht sich auch durch die Erhöhung nicht die endgültige Lösung aller Probleme im Gesundheitswesen. Allerdings ist es für viele Menschen schon hilfreich, wenn die Prämien im kommenden Jahr nicht mehr steigen. Und wer kritisiert, dass auch Unternehmen mit dieser Massnahme entlastet werden, verkennt die Tatsache, dass auch die Arbeitgeber ihren Beitrag an der Sanierung des Staatshaushalts geleistet haben. Bei einem betrieblichen Überschuss von elf Millionen Franken scheint es durchaus angebracht, vier Millionen für einen Kostenschnitt aufzuwenden, den der Bürger jeden Monat in der eigenen Geldtasche spürt.

Jährliche Entscheidung

Dass die Erhöhung des Staatsbeitrags keine nachhaltige Lösung ist, ist klar: Immerhin legt der Landtag diesen Beitrag jährlich fest. Man kann ihn daher durchaus nehmen, um Prämien sprünge zum Wohle der Prämienzahler abzufedern, wenn der Staatshaushalt im Lot ist. Sinn und Zweck sollte es aber nicht sein, willkürlich staatliches Geld ins System zu pumpen, um Kostenwahrheiten zu überdecken – aber man kann am schnellsten helfen. Mit einer Erhöhung des Staatsbeitrags ist es auch noch lange nicht erledigt. Weitere Massnahmen müssen folgen, um die Situation zu verbessern.

Die VU wird deshalb am kommenden Dienstag ihre Ideen anlässlich einer Medienkonferenz zum «Bürgerpaket» den Medien

und damit der Öffentlichkeit vorstellen. Diese Präsentation beinhaltet neben vielen anderen Themen auch einen Vorstoss zum dringend reformbedürftigen Prämienverbilligungssystem. Allfällige Massnahmen, die daraus erfolgen, wären dann zielgerichtet und hätten mit dem Giesskannenprinzip nichts mehr zu tun.

Ernste Absichten unterstreichen

Neben einer Anpassung des Prämienverbilligungssystems können auch weitere Massnahmen das System günstiger machen. So könnte man gut ausgebildete Pflegeexperten als Erstanlaufstellen für Bagatellfälle etablieren und die Hausarztmedizin aufwerten – die nachweislich günstiger ist als andere Ansätze. Auch Apotheker sind gut ausgebildet. Warum nicht deren Know-How besser nützen? Weitere Massnahmen sprechen aber nicht gegen eine sofortige Entlastung der Bürger. Denn bisher sind die oben genannten Ansätze leider nur fromme Versprechen und Ankündigungen des Gesellschaftsministers. Die sogenannten Advanced Practice Nurses (Pflegeexpertinnen) wurden bereits vor Jahren in einer Studie genannt, welche die Regierung lancierte. Den Effekt der Rolle von aufgewerteten Apotheken kann man schon lange in Teilen der Schweiz beobachten und auch in Liechtenstein gab es schon Systeme, die effizienter und günstiger waren.

Dass sich der aktuelle Gesellschaftsminister lieber auf Streite-

reien mit Leistungserbringern einlässt, als nachhaltige Lösungen für die Prämienzahler zu entwickeln, ist tragisch. Denn sicher will auch er nur das Beste für die Menschen. Allerdings rücken solche Ziele mit einem vergifteten Klima, wie es herrscht, in weite Ferne. Die Tatsache, dass die Medicnova seit fast drei Jahren auf eine Entscheidung der Regierung wartet, was die OKP-Zulassungen betrifft, spricht auch nicht gerade für die lösungsorientierte Haltung des Gesellschaftsministers. Kurzum: Bevor man sich von falschen, aufgeschobenen Versprechungen einlullen lässt, sollte man den «Spatz in der Hand» vorziehen. Das heisst nicht, dass jede Idee für die Zukunft schlecht ist. Aber sie ist eben ins Ungewisse verschoben. Und derweil steigen die Kosten munter weiter ... ■

Das VU-Bürgerpaket in Kürze Den Bürgerinnen und Bürgern etwas zurückgeben

Nach der Sanierung des Staatshaushalts steht die Vaterländische Union klar für den Bürger ein:

- für mehr staatliches Engagement bei der AHV
- für ein gutes Leben im Alter
- für bezahlbare Krankenkassenprämien
- für Stärkung der Familien
- für ein Demografie-Prozent